



Strebl: Betriebliche Altersvorsorge ausbauen!

Mit privater Initiative Lebensstandard im Alter erhalten

Berlin/Dingolfing. Für den Ausbau der betrieblichen Altersvorsorge (BAV) als wichtige Säule künftiger Alterssicherung hat sich der CSU-Bundestagsabgeordnete Matthäus Strebl eingesetzt. Vor dem Wirtschaftsrat der CDU kritisierte er in Berlin, dass über die Hälfte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland noch keine betriebliche Altersvorsorge in Anspruch nehmen. Vor allem gebe es hinsichtlich der betrieblichen Altersvorsorge bei den Beschäftigten weiterhin zu viele Unsicherheiten. Vielen Beschäftigten sei diese Form der Alterssicherung sogar völlig unbekannt. Strebl verlangte, dass insbesondere für Beschäftigte in kleinen und mittleren Betrieben diese Form der Altersvorsorge attraktiver gestaltet werden müsse. Die gesetzliche Rentenversicherung bleibe zwar auch künftig Grundlage der Altersvorsorge, doch führe kein Weg daran vorbei, sie durch zusätzliche Maßnahmen zu ergänzen, um den Lebensstandard im Alter zu halten.

Berlin, 29.06.2015

Matthäus Strebl, MdB

Berliner Büro:

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-74908

Email : matthaeus.strebl@bundestag.de

www.m-strebl-mdb.de

Selbst Arbeitgeber hätten vielfach noch nicht erkannt, welche Vorteile eine betriebliche Altersvorsorge auch für ihr Unternehmen mit sich bringe. So könnten sie gerade in Zeiten des Fachkräftemangels qualifizierte und gute Arbeitskräfte für sich gewinnen und langfristig an ihr Unternehmen binden. Außerdem steigen



nachgewiesenermaßen Motivation und Bindung an ein Unternehmen, wenn die Beschäftigten sehen, dass der Arbeitgeber an ihrer Vorsorge Interesse zeigt und sie fördert.

Strebl, der im Bundestags-Ausschuss „Arbeit und Soziales“ federführend an der Gestaltung der betrieblichen Altersvorsorge mitwirkt, verwies auf die Bedeutung der sogenannten EU-Mobilitätsrichtlinie. Damit würden Freizügigkeit und Arbeitgeberwechsel innerhalb der EU erleichtert und Erwerb und Erhalt von Betriebsrentenansprüchen innerhalb der EU verbessert.

Der Sozialpolitiker unterstrich, dass die Förderung der betrieblichen Altersvorsorge nur dann Erfolg versprechend sei, wenn der Staat sich an den zusätzlichen Kosten beteiligt. Das Bundesministerium der Finanzen hat deshalb ein Gutachten zur Optimierung der staatlichen Finanzen in Auftrag gegeben, das Ende dieses Jahres vorliegen wird. Strebl zeigte sich zuversichtlich, dass dann zügig konkrete Maßnahmen zur Förderung der betrieblichen Altersvorsorge beschlossen werden könnten. In ihrem Koalitionsvertrag hätten CDU/CSU und SPD die Stärkung der betrieblichen Altersvorsorge ausdrücklich vereinbart. Wenn die Diskussion hierüber nicht vom Wahlkampf für die Bundestagswahlen 2017 beeinflusst werden sollten, müssten spätestens im nächsten Jahr die entsprechenden Weichen gestellt und Verbesserungen bei der betrieblichen Altersvorsorge beschlossen werden.